

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 80. Sitzung vom 31. März zum Thema: **Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG)** [Drucksache 16/4008](#)

Andreas Otto (Grüne)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Linke macht sich offenbar aus dem Staub, aus dem Straßenstaub, will ich einmal sagen.

[Gernot Klemm (Linksfraktion): Sie haben dagegen ge-stimmt! Sie waren schon lang aus dem Staub!]

Es ist schon erstaunlich, wie Sie sich hier ein halbes Jahr vor der Wahl aus der Verantwortung stehlen wollen. Dass Sie die Regierungsarbeit eingestellt haben, das haben wir ja schon vor ein paar Monaten beobachten können.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ah!]

Jetzt spielen Sie auch noch Opposition in der Regierung und denken, dass die Wählerinnen und Wähler darauf reinfallen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Was haben Sie denn im „Kurier“ gesagt?]

Was wäre denn verantwortliches Handeln, Herr Doering? Was wäre verantwortliches Handeln einer Koalition? –Wenn Linke und SPD sich anstrengen wollten, das ist aber ein halbes Jahr vor der Wahl offenbar nicht mehr üblich hier, dann müssten wir eine Evaluation des Gesetzes, der Praxis, einen Erfahrungsbericht bekommen,

[Beifall bei den Grünen – Zuruf von Gernot Klemm (Linksfraktion)]

und zwar mit Schlussfolgerungen, was zu ändern, was zu verbessern ist. Warum konnten Sie das in der Koalition nicht klären? Das verstehen wir nicht.

Wir haben schon vor einiger Zeit eine solche Evaluierung hier gefordert. Wir sehen das auch als Ihre Verpflichtung an. Mit einem Parteitagsbeschluss, Herr Kollege Doering, in dem Sie als Linke einfach auf die Linie der FDP und der CDU oder von Herrn Czaja hier umschwenken, weil Sie ihm seinen Wahlkreis in Biesdorf streitig machen möchten,

[Ellen Haußdörfer (SPD): Meinen!]

glaube ich, verlassen Sie die Regierungspolitik und begeben sich in die Opposition. Das ist kein guter Stil, das ist Aktionismus, Verantwortung für diese Stadt sieht ganz anders aus.

[Beifall bei den Grünen – Beifall von Carsten Wilke (CDU)]

Wir sind sehr gern bereit, Sie aus der Regierung Berlins zu entlassen, aber der Termin dafür heißt 18. September 2011.

Es gibt Kritikpunkte an diesem Gesetz.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ach, auf einmal!]

Und darüber müssen wir reden

[Uwe Doering (Linksfraktion): Das glaub' ich!]

und nicht einfach behaupten, das Ding muss weg, das ist uns als Bündnisgrünen zu billig. Man kann darüber diskutieren, wie das mit den Regenwasserkanälen ist, wie das mit den Laternen gewesen ist, mit der Straßenbeleuchtung. Das ist ja auch unser Vorschlag gewesen. Die Kollegin Haußdörfer hat vorhin darauf hingewiesen. Die Straßenbeleuchtung ist dann rausgenommen worden.

Dann ist allerdings für die Koalition ein neues Problem aufgetaucht, die von uns gewünschte energetische Umstellung der Laternen haben Sie aus anderen Gründen nicht bewerkstelligen können. Aber aus dem Gesetz ist es verschwunden. Das war eine Verbesserung. – Regenwasser, dazu habe ich etwas gesagt.

Was ist noch änderungsbedürftig? – Die Frage der Kategorien. Warum ist es so, dass die Leute vorab erfahren, sie sind Anlieger einer Anliegerstraße, einer Haupteinfahrtsstraße oder einer Hauptverkehrsstraße oder eines Wohnwegs? Nach unserer Überzeugung muss man auch hinterher gucken, wie denn die Kategorie dieser Straße ist. Wenn vorher 50 Fahrzeuge pro Stunde fahren und später etliche Tausend am Tag, dann muss man auch überlegen, welche Kategorie hier gilt. Oder muss man vielleicht die Verkehrsdichte in die Erhebung der Beiträge einbeziehen, weil die Öffentlichkeit diese Straße stärker nutzt als die Anlieger? Das sind alles Überlegungen, die eigentlich von Ihnen als Regierung kommen müssten.

[Beifall bei den Grünen]

Was ist noch wichtig? – Praxis in den Bundesländern, Herr Czaja, das wissen auch Sie, ist in Bewegung.

[Sebastian Czaja (FDP): Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?]

Es gibt verschiedene Kommunen, die haben das Gesetz außer Vollzug gesetzt. Es gibt verschiedene Kommunen, die haben so eine Satzung gerade erlassen. Und es gibt eine sehr unterschiedliche Praxis. Und daran, glaube ich, müssen wir uns auch orientieren. Wir erwarten vom Se-nat, dass der uns vorlegt, wie die Praxis in anderen Bundesländern und in anderen Kommunen ist, und uns sagt: So und so liegen wir da als Berlin – bei den Beitragshöhen, bei den ausbaufähigen Kosten überhaupt. Und dann kann man sich auch damit beschäftigen. Wir sind ja nicht im luftleeren Raum. Wir können ja nicht als ein Bundesland ausscheren.

Und dann will ich vielleicht noch mal auf die Argumentation von Herrn Wolf eingehen. Herr Wolf hat ja gesagt, das Gesetz sei quasi pro forma wegen Karlsruhe mal hier verabschiedet worden. – Das Gesetz ist verabschiedet worden unter anderem, weil wir pleite sind, weil Berlin kein Geld mehr hat und weil wir überlegen mussten, wie Anlieger und damit auch zum Teil Nutznießer von solchen Ausbauten sich daran eventuell beteiligen sollten. Das ist die Ursache für das Gesetz gewesen; ein rot-rotes Gesetz. Das ist nicht gut gemacht, das muss evaluiert werden. Aber trotzdem kann ich Ihnen hier sagen, weil das auch die Frage an uns ist: Wir sind schon dafür, dass die Anrainer im Grundsatz beteiligt werden.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Czaja?

Andreas Otto (Grüne):

Ja, gern. Welcher ist es denn?

Sebastian Czaja (FDP):

Herr Otto! Mich würde schon interessieren, ob Sie jetzt den Anträgen von FDP und CDU zustimmen oder ob Sie sie ablehnen. Sie haben viel geredet, aber nicht wirklich gesagt, an welcher Stelle Sie wo stehen und wie Sie sich dazu verhalten werden.

Andreas Otto (Grüne):

Sie haben, Herr Kollege Czaja, eigentlich recht aufmerksam zugehört, und ich bin der Auffassung, das war für alle deutlich.

[Beifall bei den Grünen]

Diesen Anträgen können wir so nicht zustimmen. Denn wir sind dafür, dass wir mit der Umlagefähigkeit von Straßenbaumaßnahmen konstruktiv umgehen, dass wir eine Evaluierung machen und dass wir dann darüber neu entscheiden. Und wenn die Linke sich hier aus der Regierung stehlen will, dann ist das ein schlechter Zug. Dann müssen wir sehen, dass die SPD hier alleine hängenbleibt. Aber ich habe es gesagt, den Anträgen stimmen wir so nicht zu. Lassen wir uns das in den Ausschüssen beraten. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]